

Chaled-Uwe Said	AfD	nicht entschuldigt
Madeleine Floiger	Freie Demokraten	entschuldigt
Cornelia Krönes	anerkannte freie Träger	entschuldigt
Ute Parthum	anerkannte freie Träger	entschuldigt
beratende Mitglieder		
Fereshta Hussain	Migrantenbeirat	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.09.2023
- 4 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat
- 5 Informationen des Jugendamtes
 - 5.1 Vorstellung Arbeit der Streetworker i.V.m. DS 23/SVV/0250 "Queerfeindliche Übergriffe verurteilen - präventive Maßnahmen in Golm ausweiten"
 - 5.2 Jugendarbeit in Babelsberg und Zentrum Ost
 - 5.3 Vergabeentscheidung und Implementierung des Kita-Portals
 - 5.4 Information zur Erhöhung des Budgets für PLuS-Projekte
 - 5.5 Sachstand Umsetzung Schülerticket
 - 5.6 Sachstand Umsetzung Deckelung Schul-Mittagessen
 - 5.7 Sachstand zur Machbarkeitsprüfung Kantstraße / Flächenprüfung Erweiterung Hannah-Arendt-Gymnasium (5)

- 5.8 Umsetzungsstand Haushaltsaufstellungsverfahren
Kindeswohlprinzip
- 5.9 Prüfkommision Antrag Chill out e.V.
- 5.10 Information zu überplanmäßigen Aufwendungen in den
Bereichen HzE und Kita im Doppelhaushalt 2023/2024
- 6 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften
nach § 78 SGB VIII
- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 8.1 Anerkennung des Trägers Montelino e.V. gemäß § 75 SGB VIII 23/SVV/1048
Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
- 8.2 Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der 23/SVV/0676
Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft
*Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Sozial.DIE
LINKE.Potsdam*
- 9 Sonstiges

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung. Er kündigt an, dass er die Sitzung um 18:45 Uhr verlassen muss und Frau Dr. Sigrid Müller als stellvertretende Ausschussvorsitzende die Sitzungsleitung übernehmen wird.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind **11 von 15** stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Er informiert zur Tagesordnung darüber, dass der Tagesordnungspunkt 5.2 „Jugendarbeit in Babelsberg und Zentrum Ost“ verwaltungsseitig und der Tagesordnungspunkt 8.2 „Siche-

rung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft, 23/SVV/0676“ seitens der Fraktion auf die Novembersitzung zurückgestellt werden. Ergänzend werden die Tagesordnungspunkte 5.9 „Prüfkommission Antrag Chill out e.V.“ sowie 5.10 „Information zu überplanmäßigen Aufwendungen in den Bereichen HzE und Kita im Doppelhaushalt 2023/2024“ aufgenommen.

Weiterhin informiert Herr Reimann darüber, dass Herr Sebastian Stiebel von der netgo group GmbH zum Tagesordnungspunkt 5.3 „Vergabeentscheidung und Implementierung des Kita-Portals“ berichten wird und stellt das Rederecht zur Abstimmung. Dieses wird einstimmig **angenommen**.

Er stellt die Änderungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung von Herrn Reimann zur Abstimmung gestellt und ebenfalls einstimmig **angenommen**.

3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.09.2023

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Novembersitzung am 23.11.2023 zurückgestellt, da das Protokoll vom 28.09.2023 noch nicht vorliege.

4 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Herr Bulgrin berichtet, dass er ab sofort nur noch im Namen von Kindern und Jugendlichen berichten wird. Für den Kreisschülerrat wurde eine neue Vertreterin in den Jugendhilfeausschuss berufen. Weiterhin verweist er auf die Gefahr an Fußgängerüberwegen und Ampeln und fragt, wie das vermieden werden kann. Herr Reimann schlägt vor den Kontakt zwischen ihm und dem Ausschussvorsitzenden des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes, Herrn Lars Eichert, herzustellen, um das Thema gegebenenfalls dort zu platzieren. Frau Buhr verweist auf die Schulwegsicherung.

Frau Anna-Maria Retzlaff, neues beratendes Mitglied des Kreisschülerrats im Jugendhilfeausschuss, stellt sich vor.

5 Informationen des Jugendamtes

5.1 Vorstellung Arbeit der Streetworker i.V.m. DS 23/SVV/0250 "Queerfeindliche Übergriffe verurteilen - präventive Maßnahmen in Golm ausweiten"

Frau Kathleen Knier, Ortsvorsteherin in Golm und Sozialarbeiterin im Verein Chance e.V. in Golm, berichtet zum Tagesordnungspunkt. Sie verweist auf den von Chance e.V. erstellten Brandbrief vom 14.02.2023. Im Mai 2023 habe man 2 ½ Stellen und pädagogisches Budget erhalten. Begleitet vom Jugendamt und der Fachhochschule Potsdam sei man im Potsdamer Norden mit aufsuchender und mobiler Arbeit unterwegs. Sie schildert einige Beispiele aus dem Alltag. Man beobachte, dass auch hier Flächen für Jugendliche fehlen würden. Frau

Knier kündigt an, sofern gewünscht, in einem Jahr erneut im Ausschuss zum aktuellen Stand berichten zu können.

In der anschließenden Diskussion ist man sich einig, dass Handlungsbedarf aufgrund der wachsenden Nutzer*innen im Potsdamer Norden bestehe. Die Flächen im Außenraum würden nicht mitwachsen, auch die betreuenden Stellen wären nicht mehr ausreichend für die wachsenden Gruppendynamiken. Herr Prof. Dr. Hafezi macht den Vorschlag, dass sich die Verwaltung mit Frau Knier zusammensetze, um eine Lösung zu finden. Dies werde dann dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung präsentiert.

5.2 Jugendarbeit in Babelsberg und Zentrum Ost

Der Tagesordnungspunkt wird verwaltungsseitig auf die Novembersitzung zurückgestellt.

5.3 Vergabeentscheidung und Implementierung des Kita-Portals

Frau Natascha Imhof, Arbeitsgruppenleiterin Fachmanagement Kita des Fachbereiches 23 Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam, und Frau Annica Hawaleschka, IT-Projektleiterin des Fachbereiches 54 E-Government der Landeshauptstadt Potsdam, informieren einfühend zu den letzten Entwicklungen.

Herr Sebastian Stiebel, netgo group GmbH, präsentiert die Projekteinführung anhand einer Präsentation (**Anlage 1**). Man werde auch nach der Veröffentlichung weiterhin das Portal als externer Dienstleister betreuen.

Frau Hawaleschka ergänzt auf Nachfrage, dass sich die Veröffentlichung aufgrund der Dauer des Vergabeverfahrens, gesetzlicher Regularien und dem Testverfahren, bei dem 3 Nutzer berücksichtigt werden müssen, verschoben habe.

In der anschließenden Diskussion wird weiterhin besprochen, dass die Anwendung für die nutzenden Träger kostenfrei wäre und man mit dem Programm Schnittstellen zu anderer Software herstellen könne. Aktuell werde diesbezüglich mit allen Trägern gesprochen. Nur so funktioniere ein entsprechendes Medium optimal. Weiterhin arbeite das Portal Datenschutzgrundverordnungskonform, die Eltern müssten zudem zu Beginn ein Formular zum Datenschutz unterzeichnen.

5.4 Information zur Erhöhung des Budgets für PLuS-Projekte

Herr Dr. Robert Lucic, Sachbearbeiter Bildungsmanagement des Fachbereiches 23 Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam berichtet, dass die Abstimmung des Entscheidungsfindungsprozesses für die Auswahl der beantragten PLuS-Projekte mit Vertreter*innen des Jugendhilfeausschusses und der AG Jugendförderung stattgefunden habe und folgenden Zuspruch erhalten habe: Grundlage für das Auswahlverfahren im Rahmen der Bewilligung der PLuS-Projekte sei eine fachlich-inhaltliche Prüfung der Projektanträge. Die Prüfung setze sich aus zwei Bausteinen zusammen: 1. Der Bedarfsorientierung des Projektes, das heißt mit der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Träger und der Schule werde davon ausgegangen, dass das zu beantragende Projekt am Bedarf der Schüler*innen am jeweiligen Standort orientiert sei. 2. Der inhaltlichen Prüfung des eingereichten Kurz-

Konzeptes, das heißt Grundlage der fach-inhaltlichen Prüfung sei das eingereichte Kurzkonzept des Trägers. Am Ende des Verwaltungshandelns stünden ca. 80 Zuwendungsbescheide pro Schuljahr. In der Folge musste sich ein Verwaltungshandeln entwickeln, welches die geringe Einzelförderung, den Förderzweck und damit das Risiko für die Landeshauptstadt Potsdam widerspiegle. Die Prüfung der Projektanträge erfolge oftmals verkürzt durch Prüfungsberatungen der beteiligten Kolleg*innen bis hin zu Stichprobenprüfungen. Wichtigster Baustein und damit Bedingung für die Förderung sei die jährlich neue Kooperationsvereinbarung für das jeweilige Projekt zwischen Träger und Schule, welche die Bedarfsorientierung an den Schüler*innen sicherstelle und ebenso den Projektträgern das Vertrauen ausspreche. Im Rahmen der Fortschreibung des Gesamtkonzeptes Schule-Jugendhilfe solle im Handlungsbereich Schule — Jugendförderung unter anderem eine Überarbeitung der PLS-Richtlinie vorgenommen werden. Für den Haushalt 2023 seien 450.00 Euro und für den Haushalt 2024 550.000 Euro für die Bewilligung von PLS-Projekten eingestellt.

In der anschließenden Diskussion wird vorgeschlagen, dass man die betreffenden Schulen mit in die Überarbeitung der Richtlinie einbinden sollte. Ebenfalls sollten Bewertungen und Evaluationen Bestandteil der Richtlinie sein. Es wird vereinbart die Überarbeitung der Richtlinie in der Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe weiter zu diskutieren.

5.5 Sachstand Umsetzung Schülerticket

Herr Prof. Dr. Hafezi berichtet, da der zuständige Bereich aus der Stadtverwaltung nicht anwesend sein könne.

Der Aufsichtsrat der VBB GmbH habe am 28.09.2023 beschlossen, dass der Preis für das Schülerticket Potsdam AB (Monatskarten, Monatskarten im Abo, Jahreskarten) zum 01.01.2024 auf einen Preis von 15 Euro pro Monat abgesenkt werde. Nach erfolgter Zustimmung durch die VBB Gremien könne durch den VBB ein entsprechender Antrag bei der zuständigen Genehmigungsbehörde, dem Landesamt für Bauen und Verkehr gestellt werden. Dies werde nun erfolgen, so dass zum 01.01.2024 das Angebot eingeführt werde.

In der anschließenden Diskussion kritisiert man, dass die Umsetzung und Einführung so lange dauere und bezweifle, dass ein Start zum 01.01.2024 möglich sei.

Zu folgenden Fragen muss die Rückmeldung im zuständigen Bereich eingeholt und in der nächsten Sitzung nachgereicht werden:

1. Warum habe sich der Aufsichtsrat erst zum 28.09.2023 damit beschäftigt? Start sollte zum neuen Schuljahr sein.
2. Wie ist der aktuelle Stand der Bearbeitung bei der Genehmigungsbehörde, dem Landesamt für Bauen und Verkehr?

5.6 Sachstand Umsetzung Deckelung Schul-Mittagessen

Herr Prof. Dr. Hafezi berichtet, dass die Begrenzung des Portionspreises auf 3,90 Euro für ein Schulmittagessen gemäß Stadtverordnetenbeschluss ab dem 01.09.2023 umgesetzt werde. Mit Stand 10.10.2023 hätten die Landeshauptstadt Potsdam Rechnungen zum Differenzbetrag von 4 Caterer zu insgesamt 21 Schulen erreicht. Weitere Rechnungen stünden noch aus. Die Abarbeitung dieser Rechnungen stelle einen enormen zeitlichen Mehraufwand

dar. Er kündigt einen erneuten Bericht zum Sachstand im Jugendhilfeausschuss an, sobald alle Rechnungen der Caterer vorliegen würden.

5.7 Sachstand zur Machbarkeitsprüfung Kantstraße / Flächenprüfung Erweiterung Hannah-Arendt-Gymnasium (5)

Herr Robert Werner, Teilprojektleiter im Büro für integrierte städtische Planung des Geschäftsbereiches 2 Bildung, Kultur, Jugend und Sport der Landeshauptstadt Potsdam berichtet, dass entsprechend dem Beschluss „Anpassung der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung 2021 bis 2026“, Drucksache 23/SVV/0880, unter Punkt 14 beschlossen wurde, eine dauerhafte Erweiterung des Hannah-Arendt-Gymnasiums (5) um einen oder zwei Züge im Rahmen einer Machbarkeitsstudie zu prüfen. Die Überprüfung erfolge unter Federführung des städtischen Planungsbüros (401). Dazu sei eine Leistungsbeschreibung für die Machbarkeitsstudie mit den zuständigen Akteuren (Verwaltung, Schulleitungen) abgestimmt und veröffentlicht worden. Diese umfasse die Prüfung mehrerer Varianten unter Einbeziehung von unterschiedlichen Flächen: Erweiterung des Gymnasiums um zwei Züge, Erweiterung des Gymnasiums um einen Zug, Erweiterung des Gymnasiums durch Ersatzneubau der Zeppelin-Grundschule und Nutzung des heutigen Gebäudeteils der Grundschule. Folgende Flächen werden dabei in die Prüfung einbezogen: Hannah-Arendt-Gymnasium (5), Zeppelin-Grundschule (23), Freie Aktionsfläche „Platte“, Spiel- und Freizeitfläche „Schildkröte“, angrenzende Garagengrundstücke, Parkplatzflächen sowie auch die besagte Skateranlage (Jugendaktionsfläche Kantstraße). Aktuell erfolge die Vergabe der Leistung für die Machbarkeitsstudie, der Zuschlag sei für November 2023 geplant. Ab dem Zuschlag habe das beauftragte Büro dann 3 Monate zur Bearbeitung. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie können weitere Akteure (wie zum Beispiel Anwohner*innen, Stadtteilnetzwerk etc.) eingebunden werden. Erste Ergebnisse würden dazu, in Abhängigkeit von der Vergabe, voraussichtlich im Februar/März 2024 vorliegen. Dann könne erneut berichtet werden.

In der anschließenden Diskussion wird kontrovers über die Machbarkeitsstudie diskutiert. Man befürchte, dass die Aussicht auf die Ersatzflächen keine ausreichende Lösung darstellen werde, da aus Sicht der Ausschussmitglieder auch keine angemessenen in der Stadt vorhanden seien. Weiterhin habe man keine Einbindung von Trägern und Jugendlichen wahrgenommen. Auch Frau Buhr als Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen bittet um Einbindung in den gesamten Prozess.

Herr Werner führt aus, dass es sich um die Umsetzung des vorgenannten politischen Beschlusses handelt, wofür aktuell die Vergabe durchgeführt wird. Anschließend sagt er eine Beteiligung der genannten Akteure sowie des Jugendhilfeausschusses im Laufe des Prozesses zu. Mit Vorliegen der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie kann erneut eine Berichterstattung im Ausschuss, voraussichtlich im März 2024, erfolgen. Letztendlich müssen die Stadtverordneten am Ende mit Hilfe der Ergebnisse über den weiteren Fortgang und Umsetzung entscheiden.

5.8 Umsetzungsstand Haushaltsaufstellungsverfahren Kindeswohl- prinzip

Frau Stefanie Buhr, Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt 904 der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet zum Vorhaben der Landeshauptstadt Potsdam nach dem Beschluss. Der Oberbürgermeister habe das Positionspapier zur kinderfreundlichen Kommune unterzeichnet. Diese Information sei an den Verein

Kinderfreundliche Kommunen e.V. weitergeleitet worden. Weiterhin werde im neuen Haushaltsaufstellungsverfahren der Landeshauptstadt Potsdam ein neues Programm verwendet, dass die kommunalen Haushaltsaufwendungen transparent und in Echtzeit darstellen könne (Beispielkommunen hierfür sind Frankfurt/Oder und Brandenburg an der Havel). Der Prozess befinde sich im Roll-Out in der Verwaltung. Durch diese Transparenz, die das neue Tool biete, könnten Kennzahlen zu kinder- und jugendrelevanten Haushaltsaufwendungen konkret ausgelesen werden. Dieses Programm soll von Jugendlichen eines Seminarkurses in einem „planspielähnlichen“ Workshop getestet werden. Zum weiteren Vorgehen erläutert Frau Buhr, dass die Orientierung auf Kinder- und Jugendfreundlichkeit darüber hinaus als gesamtstädtisches Ziel einen höheren Stellenwert in der strategischen Ausrichtung der Landeshauptstadt erhalten soll und in diese bis 2026 mit aufgenommen werden. Hieraus folge die Umsetzung von strategischen Zielen im Querschnitt der Verwaltung sowie die Implementierung von strategischen Projektplanungen in den Geschäftsbereichen.

Welche Konsequenzen habe das Positionspapier in Bezug auf den Haushalt auf Dauer? Werde das dort abgesichert? Frau Buhr sagt zu, diese Fragestellungen zu klären.

Es wird eine regelhafte quartalsweise Berichterstattung zum aktuellen Sachstand durch Frau Buhr vereinbart.

5.9 Prüfungskommission Antrag Chill out e.V.

Für die Prüfung des Antrages vom 30.09.2022 von Chill out e.V. für eine zusätzliche Jugendberatungsstelle „bloQtalk“, möge der Jugendhilfeausschuss eine Person in das Prüfungsgremium entsprechend des Beschlusses zur Drucksache 23/SVV/0813 entsenden. Frau Tietz erläutert hierzu kurz.

Frau Julia Schultheiss meldet sich als Mitglied des Jugendhilfeausschusses zur Mitwirkung in der Prüfungskommission.

Herr Reimann stellt dies zur Abstimmung.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

5.10 Information zu überplanmäßigen Aufwendungen in den Bereichen HzE und Kita im Doppelhaushalt 2023/2024

Herr Prof. Dr. Hafezi berichtet zur überplanmäßigen Aufwendung für den Kita-Bereich. Man habe dazu auch schon im Hauptausschuss vorgetragen, warum man diese Mehraufwendungen in die Stadtverordnetenversammlung einbringen müsse. Ausgangspunkt sei gewesen, dass man als Geschäftsbereich verpflichtet sei, sich an bestimmten Stichtagen den Haushalt anzuschauen und einen Iststand zurückzumelden. Dies geschah zuletzt zum 30.09.2023. Im Ergebnis habe man festgestellt, dass Planzahlen für 2 Produktbereiche nicht mit den Istzahlen übereinstimmen würden. Dies betraf den Bereich Kita sowie Hilfen zur Erziehung. Für den Bereich Kita habe man im Doppelhaushalt 2023/2024 Aufwendungen in Höhe von ca. 161 Mio. Euro geplant. Mit Stand 30.09.2023 konnte man jedoch Istaufwendungen bis Ende des Jahres in Höhe von ca. 169 Mio. verzeichnen. Im Bereich Hilfen zur Erziehung habe man mit ca. 43 Mio. Euro Aufwendungen geplant. Der Iststand zum 30.09.2023 ergab einen

Aufwand von ca. 46 Mio. Euro bis Ende des Jahres. Es handle sich um pflichtige Leistungen, womit die Landeshauptstadt Potsdam die Verpflichtung habe, diese Positionen gegen zu finanzieren. Für die Mehraufwendungen im Kitabereich werde man einen Beschluss in die nächste Stadtverordnetenversammlung einbringen. Die Mehraufwendungen im Bereich Hilfen zur Erziehung werde man zur Beschlussfassung in den Hauptausschuss geben. Man wolle zur Deckung der Mehraufwendungen unter anderem „Restübertragungen“ aus anderen Geschäftsbereichen vornehmen.

In der anschließenden Diskussion wird kritisiert, dass keine Gründe für die Kostensteigerungen genannt wurden. Herr Prof. Dr. Hafezi bekräftigt, dass auch er die Ursachen eruieren und transparent machen wolle, um die Planung für die Zukunft besser aufstellen zu können.

PAUSE 18:48 – 19:00 Uhr

6 Bericht des Kita-Elternbeirates

Herr Reimann hat die Sitzung verlassen und Frau Dr. Müller übernimmt als stellvertretende Ausschussvorsitzende die Sitzungsleitung.

Herr Witzsche berichtet zur Neu-Konstituierung des Beirates, dass am Dienstag die konstituierende Sitzung des Kreiskitaelternbeirats stattgefunden hätte, bei der die Beiratsmitglieder für die neue Legislatur erstmalig zusammengekommen seien. Man freue sich über viele neue und motivierte Gesichter, auch wenn die Anzahl der Einrichtungen, die Vertreter*innen entsendet hätten, noch geringer sei als man sich das wünschen würde. Man werde weiterhin auf Träger und Einrichtungen zugehen, um noch mehr Beiratsmitglieder gewinnen zu können. Im Rahmen der Sitzung habe man drei langjährige Vorstandsmitglieder verabschiedet und konnte erfreulicherweise drei neue, engagierte Vorstandsmitglieder wählen. Die erste reguläre Sitzung des neuen Beirats finde am 14.11.2023 statt, in der man gemeinsam die Themenschwerpunkte für die kommenden zwei Jahre herausarbeiten wolle.

Am vergangenen Freitag habe die allererste gemeinsame Sitzung von Kultusministerkonferenz und Jugend- und Familienministerkonferenz in Berlin stattgefunden. Themen seien unter anderem der Übergang Kita-Schule und die Fachkräftesituation in Schulen und Kitas gewesen. Als KiTAKOLLAPS-Aktionsbündnis habe man sich die Chance nicht entgehen lassen und gemeinsam mit dem Berliner Bündnis "Schule muss anders" die Forderungen aus dem Bildungswende-Protest an die Vorsitzenden der beiden Konferenzen übergeben.

Im Jahr 2022 habe eine Arbeitsgruppe innerhalb des Gremiums eine Erzieher*innenumfrage zum Thema Inklusion durchgeführt. Wissenschaftlich fundiert und professionell ausgewertet habe die AG die kognitiven, affektiven und verhaltensbezogenen Einstellungen der Erzieher*innen zum Thema Inklusion in der Kindertagesbetreuung erfasst. In allen drei Bereichen zeigten die Befragten eine eher positive Einstellung, unabhängig von ihrem Alter und der Berufserfahrung. Ein Großteil der Befragten sei bereit, sein eigenes Verhalten und seine eigene Arbeitsweise anzupassen, um die positiven Wirkungen von gemeinsamem Spielen und Lernen zu erzielen. Überraschend sei jedoch die Feststellung, dass fast die Hälfte der Befragten angebe, dass Kinder mit Förder- und Unterstützungsbedarfen in separaten Fördereinrichtungen betreut werden sollten. Dieser augenscheinliche Widerspruch weise möglicherweise darauf hin, dass die befragten Erzieher*innen Hindernisse sehen, welche die Umsetzung von Inklusion erschweren. Gemeinsam mit der Verwaltung und den Trägern wolle man hier nun Handlungsideen ableiten, um dem wichtigen Thema weitere Impulse geben zu

können.

Es wird vereinbart den Ergebnisbericht zur Inklusionsumfrage per E-Mail an die Ausschussmitglieder zu schicken.

Weiter wurde vereinbart, das Thema in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses in einem gesonderten Tagesordnungspunkt ausführlich zu besprechen.

7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

AG JuFö

Die AG hat nicht getagt.

AG HzE

Herr Küken berichtet, dass die seitens der AG Hilfen zur Erziehung autorisierte Unterarbeitsgemeinschaft Ambulante Hilfen am 16.10.2023 getagt habe.

In der vergangenen Woche seien im Zusammenhang mit den fehlenden 10 Millionen Euro, welche durch Kostensteigerungen im Bereich Hilfen zur Erziehung und Kita begründet wurden, seitens der Presse unter anderem die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge als Ursache benannt. Dem möchte man deutlich widersprechen. Sicherlich sei eine Kostensteigerung sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich zu verzeichnen. Diese sei aus Sicht des Bereiches Hilfen zur Erziehung multifaktoriell. Unter anderem: die Entwicklung der FLST und Tagessätze durch deutlich gestiegene Personalkosten, die Kostenentwicklung durch die allgemeine Inflationsrate, zu beobachtende Problematiken (unter anderem durch Isolation im Rahmen von Schul- und Kitaschließungen) während und nach der Covid 19 Pandemie bei Kinder, Jugendlichen und Familien. Weiterhin sei Potsdam eine wachsende Stadt – dementsprechend würden sich natürlich auch die Bedarfe in den Arbeitsfeldern des Jugendamtes entwickeln.

Die Vertreterinnen und Vertreter der ambulant tätigen Träger hätten gemeinsam mit dem öffentlichen Träger vor über einem Jahr einen Prozess begonnen, um die Rahmenbedingungen für die ambulanten Hilfen anzupassen. Im Frühjahr sei vereinbart worden, bis zum Beginn 2024 eine Rahmenvereinbarung zu erarbeiten. Dazu hätten bereits mehrere konstruktive Verhandlungsrunden stattgefunden. Zum Ende September sollte seitens des öffentlichen Trägers eine schriftliche Rückmeldung zu den Vorschlägen erfolgen. Leider habe dies nicht stattgefunden und es erfolgte keine offizielle Information. Nach Rückfrage erhielt Herr Küken die Antwort, dass Herr Prof. Dr. Hafezi als Beigeordneter und kommissarischer Leiter des Fachbereiches sich des Sachverhaltes angenommen hätte. Da die aktuellen Verträge bis auf wenige Ausnahmen zum 31.12.2023 enden würden, bestehe aus Sicht der Träger dringender Handlungsbedarf. Herr Küken weist daraufhin, dass es einen vereinbarten Folgetermin am 06.11.2023 von 09.00 Uhr bis 12.00 Uhr geben werde und halte es für dringend angebracht, dass dieser gemeinsam stattfinde. Selbstverständlich sei man in diesem Rahmen sehr interessiert an einem Austausch.

Es erfolgte die Vorstellung des Projektes „Calz“, Abkürzung für Careleaver-Zentrum. Das Zentrum soll Bedingungen für junge Menschen schaffen, die es ihnen ermöglichen, nicht in

anderen Hilfesystemen zu „landen“, sondern ihnen die Zeit geben, sich in einem Beziehungskontext zu entwickeln, der Familie nicht ersetzt, aber Strukturen und Halt bietet. Im CALZ-Projekt finden sie verlässliche Ansprechpartner, die ihnen an einem sicheren, geschützten Ort Halt und Sicherheit geben. Seitens der AG werde empfohlen, die Mitarbeiter*innen des sehr interessanten Projektes zum Jugendhilfeausschuss einzuladen, um es dort vorzustellen.

Bezüglich des Careleaverprojektes „Calz“, wozu in der letzten Sitzung berichtet wurde, möchte er dran erinnern, dass eine Vorstellung im Jugendhilfeausschuss empfohlen werde. Es wird vereinbart das Thema im Unterausschuss Jugendhilfeplanung zu besprechen.

Zu den angesprochenen Rahmenbedingungen werde sich Herr Prof. Dr. Hafezi nach einer fachlich, qualitativen Prüfung zeitnah bei Herrn Küken melden.

AG Kita

Frau Frenkler berichtet, dass die AG am 13.10.2023 getagt habe.

Die Kita-Finanzierung 2023 solle nach Aussagen der Verwaltung nur sehr geringe Kostensteigerungen enthalten. Dies habe zur Folge, dass noch mehr Träger die Fehlbedarfsfinanzierung in Anspruch nehmen müssen, da die Pauschalen für weitere Träger nicht mehr auskömmlich seien. Einige Träger wiesen darauf hin, dass die Sachbearbeiter*innen Kitafinanzierung der Landeshauptstadt Potsdam das gemeinsame Ziel im Blick haben müssen, die Betreuung der Kinder finanziell abzusichern. Es wird darum gebeten, die Haltung in der Verwaltung grundsätzlich zu thematisieren.

Zum Stadtverordnetenbeschluss zu Kinder mit besonderen Bedarfen werden bisher die Einrichtungen durch die Verwaltung ausgewählt, die mehr als 40 % Kinder mit Migrationshintergrund betreuen. Im Jahr 2024 würden weitere 900.000 Euro für die Betreuung von Kindern mit besonderem Bedarf zur Verfügung stehen. Jetzt müsse gesichert werden, dass weitere Kriterien in die Auswahl der Standorte durch die Verwaltung einfließen, zum Beispiel hohe Anzahl an Familien im Bürgergeldbezug, Alleinerziehende, das Kriterium des Anteils der Kinder mit Frühförderbedarf, Unterstützungsbedarf der Familien, Auffälligkeiten im sozial-emotionalen Bereich. Das Thema werde erneut in der Novembersitzung der AG behandelt.

Bezüglich des Überangebotes mit Bezug zur integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung habe man besprochen, dass zum Stichtag 01.09.2023 ca. 4.000 Plätze verfügbar wären, die nicht nachgefragt werden. Der Geburtenknick Anfang der 90er Jahre sei jetzt spürbar. Drei Jahre hintereinander seien mehr Menschen verstorben als geboren. Es bestehe die Frage, ob die Landeshauptstadt Potsdam weitere zehn kommunale Einrichtungen ohne Bedarf errichten könne. Auch vor dem Hintergrund der Kosten sollten individuelle Regelungen getroffen werden, wie zum Beispiel mit der Raumnutzung beziehungsweise Kapazitätsreduzierung an einzelnen Standorten verfahren wird.

Der Bedarf an Fachkräften in Kitas steige, auch durch die hohe Anzahl von Beschäftigten, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand wechseln würden. Ausreichend Fachkräfte zu gewinnen und zu halten gelinge nur dann, wenn die Rahmenbedingungen und Teamsituationen stimmen würden. Dazu müssen Entscheidungen getroffen werden, welche finanziellen Mittel die Landeshauptstadt für die Fachkräftesicherung aufbringen wolle. Das Thema Personalbedarfsentwicklung werde erneut in der Novembersitzung der AG behandelt.

Das Kita-Portal solle zum Herbst 2024 starten. Zuvor würden Workshops und Schulungen durchgeführt.

UA JHP

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung tagte am Donnerstag, den 12.10.2023.

Die Themenplanung des Unterausschusses sieht folgende Themenplanung in den nächsten Monaten vor: Kinderschutzbericht und Stand Umsetzung Anträge zum HH-Beschluss im November; Gremien- und Kommunikationsstrategie und Zwischenbericht aktuelle Organisationsuntersuchung des Allgemeinen Sozialen Dienstes im Dezember; erneute Darstellung der Konzepte und Projekte der Arbeitsgemeinschaft Strategie, Bildung und Jugendhilfe der Landeshauptstadt Potsdam in der Januarsitzung 2024. Eine langfristige Planung einer Klausur des Jugendhilfeausschusses in 2024 für die Empfehlungen und Vorbereitung für die Arbeit des neuen Jugendhilfeausschusses wird empfohlen.

In Vorbereitung der nächsten Präsentation der Jugendberufsagentur im Jugendhilfeausschuss habe man rekapituliert, dass die letzte Präsentation im April 2023 stattgefunden habe. Dabei sei es um die grundsätzliche Zusammensetzung gegangen. Man habe Aussagen zur konkreten aktuellen Arbeit vermisst. Man vereinbart von den drei Partnerorganisationen Jugendamt, Arbeitsagentur und Jobcenter schriftlich folgende Fragen beantworten zu lassen: 1) Was hat sich durch die Jugendberufsagentur für Ihre Arbeit verändert, 2) Was hat sich für Ihre Zielgruppen verändert, 3) Was wird in die Jugendberufsagentur investiert (personeller u. finanzieller Mehraufwand). Danach wird der Unterausschuss entscheiden, ob eine erneute Vorstellung im Jugendhilfeausschuss zielführend sei. Grundsätzlich sollte geklärt werden, ob eine Investition in die Jugendberufsagentur sinnvoll ist. Folgende Fragen wurden noch ergänzt: 4) Wie oft wurde eine Streichung des Leistungsbezuges verhindert, 5) Gibt es statistische Darstellungen, unter anderem zu Migration und Förderbedarfen. Weiterhin wird gewünscht, dass auch Träger oder Nutzende der Jugendberufsagentur angehört werden.

Zur Auswertung der Veranstaltung zur Fachkräftethematik von 2019 habe man rekapituliert, dass die Ideen von vor 4 Jahren fast alle noch aktuell seien. Die neue Prioritätengrafik decke sich weitestgehend mit den abgeleiteten Handlungsempfehlungen der Planungsgruppe der Jugendhilfe von 2020. Der Unterausschuss befasse sich nach der Ergebnissichtung in kleiner Gruppe erneut damit.

Man wünsche eine Information vom Jugendamt zum 10,3 Mio. Euro „Loch“ im Fachbereich 23 für die Bereiche Kita und Hilfen zur Erziehung. Dies sei in der heutigen Sitzung erfolgt.

Weiterhin unterbreite man einen Terminvorschlag für die Unterarbeitsgemeinschaft zur Jugendförderplanerstellung.

8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

8.1 Anerkennung des Trägers Montelino e.V. gemäß § 75 SGB VIII

23/SVV/1048
ungeändert beschlossen

Frau Dr. Müller fragt, ob es zu der Beschlussvorlage Anmerkungen oder Fragen gibt. Dies ergibt sich nicht.

Sie stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Die Anerkennung des Trägers Montelino e.V. als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII auf der Grundlage seiner Satzung vom 25.03.2023

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

8.2 Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft

23/SVV/0676
vertagt

Wiedervorlage vom 28.09.2023.

Der Tagesordnungspunkt wird seitens der Fraktion auf die Novembersitzung zurückgestellt.

9 Sonstiges

Keine Anmerkungen.

Vorsitz:

Protokollführung:

Dr. Sigrid Müller
Tiemo Reimann

Eva Thäle